



Geburtshilfe in Not – Hebammenverband fordert sofortige Korrekturen der Politik!

Vom 15. bis 17.11.2022 fand die Bundesdelegiertentagung des Deutschen Hebammenverbands e. V. (DHV) in Berlin statt. Hier trafen sich rund 200 Hebammen aus allen Landesvertretungen, um den Kurs ihres Berufsverbands festzulegen und deutliche Botschaften an die Politik zu senden. Eine Protestaktion am Mittwoch, den 16.11.2022, bildete dabei den Höhepunkt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzeslage sieht der DHV die Leistungen von Hebammen in der stationären Geburtshilfe massiv bedroht. Auf dem Spiel stehen für Hebammen ihre Stellen, ihre Ausbildung und eine hochwertige Betreuung von Frauen und Neugeborenen. Auch die Finanzierung natürlicher Geburten und die Eins-zu-eins-Betreuung sind in Gefahr. Die erfolgreiche Petition von Michelle Franco "Keine Streichung der Hebammen aus dem Pflegebudget ab 2025" mit über 1,5 Mio. Unterschriften gibt den Forderungen des DHV Nachdruck und zeigt die gesellschaftliche Brisanz des Themas. Michelle Franco war bei der Protestaktion am Mittwoch anwesend.

"Wir erleben in Deutschland derzeit einen Überlebenskampf der Geburtshilfe, wie wir ihn bis vor Kurzem für undenkbar gehalten hätten", resümiert Ulrike Geppert-Orthofer, DHV-Präsidentin, die Situation der letzten Monate. "Es ist gerade einmal ein Jahr her, dass wir mit der Zusage der Ampelkoalition, die flächendeckende Eins-zu-eins-Betreuung unter der Geburt einzuführen, große Hoffnungen verbunden haben", so Geppert-Orthofer. "Heute wissen wir, dass es nichts als leere Beteuerungen waren. Geht es nach den Empfehlungen der Regierungskommission und nach den Vorstellungen des Bundesgesundheitsministeriums sollen Hebammen immer weiter aus der Versorgung verdrängt werden", kritisiert Geppert-Orthofer scharf. "Bei allen derzeitigen Gesetzesvorlagen wie der Pflegepersonaluntergrenzen Verordnung (PpUGV), dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (FinStG) oder dem Krankenhauspflegeentlastungsgesetz (KHPfLEG) geht es den Hebammen in den Wochenbettstationen und bei der Betreuung von Risikoschwangerschaften regelrecht an den Kragen", so Geppert-Orthofer weiter. "Dabei sind wir die einzige Berufsgruppe, die dafür ausgebildet ist, Frauen vor, während und nach der Geburt qualitätsgesichert und hochwertig zu betreuen", betont die DHV-Präsidentin. "Hebammen wurde nicht ohne Grund dieser Versorgungsauftrag vom Gesetzgeber übertragen. Und Frauen haben das verbriefte Recht auf Hebammenbetreuung in allen Phasen – auch im Krankenhaus. Doch offenbar sieht dies die Politik anders, wenn sie Krankenhäusern zukünftig die Möglichkeit nimmt, Hebammenstellen zu finanzieren", gibt Geppert-Orthofer zu Bedenken. "Es geht hier nicht nur um Hebammen, es geht um das Wohl von Frauen und Kindern.

Das bewegt alle Menschen in unserem Land, wie die [Petition](#) von Michelle Franco, für die wir sehr dankbar sind, gezeigt hat. Wir hoffen sehr, dass der gemeinsame Appell an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ihn zum Einlenken bewegt!"

Die Bundesdelegiertentagung ist das höchste verbandsinterne Gremium des deutschen Hebammenverbandes. Sie findet einmal jährlich statt. Niedersachsen ist mit 16 Delegierten vertreten, die stellvertretend für über 2000 Kolleg:innen aus Niedersachsen teilnehmen.

Hebammenverband Niedersachsen e.V.
Veronika Bujny, 1. Vorsitzende | 0174/9406741
Hilke Schauland, 2.Vorsitzende | 0175/4902316

info@hebammen-niedersachsen.de